

## Rede von Susanne Weipert

### Projektkoordinatorin „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“

Die Bundesregierung appelliert zu Recht an die Einhaltung des Völkerrechts und den Schutz der Menschenrechte. Doch sie genehmigt gleichzeitig Rüstungsexporte in Milliardenhöhe an Länder, die diese mit Füßen treten, wie z.B. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate, die im Jemen Krieg führen.

Der Krieg im Jemen herrscht seit mittlerweile 7 Jahren. Seit Anfang dieses Jahres sind die Kämpfe erneut eskaliert. Nach Berichten der Organisation Save the Children wurde allein im Januar durchschnittlich **jede Stunde** ein Mensch getötet oder verletzt.

Deutschland ist seit Jahren einer der größten Geldgeber für humanitäre Hilfe im Jemen und beliefert gleichzeitig seit Jahren die Kriegsparteien mit Rüstungsgütern. Wie kann das sein? Wie geht das zusammen?

Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate sind die beiden Hauptakteure im Jemen-Krieg gegen die Huthi (oder auch Ansarollah). Seit Eintritt in den Jemen-Krieg 2015 hat Saudi-Arabien Rüstungsgüter in Höhe von 1,5Mrd. aus Deutschland erhalten. Den Vereinigten Arabischen Emiraten wurden Waffen im Wert von über 800 Millionen Euro genehmigt. Beiden Ländern werden von den UN schwerste Verletzungen des humanitären Völkerrechts im Jemen-Krieg vorgeworfen, wie die Bombardierung von Schulen, Krankenhäusern und Märkten.

Jetzt denkt ihr, denken Sie vielleicht: Aber es wurde doch ein Exportstopp für Saudi-Arabien verhängt? Das ist richtig. Nach knapp drei Jahren Krieg, Ende 2018.

Und dieser Exportstopp enthält zahlreiche Ausnahmen. Wie zum Beispiel für sogenannte Gemeinschaftsprogramme, wie den Eurofighter: So konnten die saudischen Kampfflugzeuge Tornado und Eurofighter Typhoon, weiterhin mit Ersatzteilen aus Deutschland beliefert werden.

Die einzige Bedingung bei diesen Gemeinschaftsprogrammen war, dass keine **endmontierten** Rüstungsgüter ausgeliefert und diese nicht im Jemen-Krieg zum Einsatz kommen sollten.

Nur, wenn die Kampfflugzeuge schon da sind, und „nur“ Ersatzteile geliefert werden, dann war das erlaubt.

Und was ist mit den Vereinigten Arabischen Emiraten? Gegen das Land wurde bis heute kein Exportstopp verhängt.

Und als ob das nicht schon schlimm genug wäre, hat die neue Bundesregierung diesen, wenn auch, unzureichenden Exportstopp nicht einmal verlängert. „Man prüfe derzeit eine mögliche Verlängerung“, so die Antwort auf eine Parlamentarische Anfrage aus dem Februar.

Und die Spitze: Der deutsche Staat hält Anteile an Airbus, einem von drei europäischen Unternehmen, die den Eurofighter bauen. D.h. der deutsche Staatshaushalt profitiert von den Rüstungsexporten in diesen Krieg und die Bundesregierung genehmigt gleichzeitig diese Exporte.

Ich frage mich, frage die Bundesregierung: Welche Interessen sind es, die diese Exporte legitimieren könnten? Welches Interesse wird gesichert, wenn wir Länder, die seit Jahren Krieg führen, Waffen liefern? Sind das auch meine Interessen, eure, ihre?

Vielleicht fragen Sie, fragt ihr euch auch: Wie kann das überhaupt sein?

Gibt es keine Gesetze und internationale Regeln für Rüstungsexporte, die das verbieten könnten? Doch

Gelten diese Gesetze und Regeln nicht für die Bundesregierung? Doch.

Das heißt, dass diese Gesetze gebrochen werden?

Ich würde sagen Ja. Die Bundesregierung würde antworten: Es kommt auf den Einzelfall an.

Nur, kann denn wenigstens die Einzelfallentscheidung kontrolliert werden? Nein.

Kann ein möglicher Gesetzesbruch geahndet werden? Nein.

Gibt es keine Instanz und kein Gericht, das die Exportgenehmigungen, im Einzelfall natürlich, wirksam kontrollieren kann? Nein.

Also, was brauchen wir?

Den Politischen Willen der neuen Regierung, anders zu handeln? Ja, auf jeden Fall.

Ist das zu erwarten? Die Frage lasse ich mal offen. Das wird sich noch zeigen müssen.

Was brauchen wir also unbedingt?

Wir brauchen ein eindeutiges Regelwerk und eine Kontrollinstanz, die die Regierung auch dazu zwingen kann, anders zu handeln.

Wir setzen an dieser Stelle auf ein neues Gesetz – das Rüstungsexportkontrollgesetz. Dieses befindet sich aktuell in der Planung. Wie dieses aussehen muss, damit sich wirklich etwas ändert, erklärt Christine Hoffmann.

Dankeschön